

Auf Einladung des ASTA findet heute abend eine Diskussion mit dem Rektor über die Godesberger Rektorenerklärung statt. Diese erste gemeinsame Erklärung eines großen Teiles der westdeutschen Rektoren zur Hochschulreform ignoriert die von den Studenten seit Jahren geforderte Demokratisierung der Universität. Statt dessen sieht sie in der Stärkung der autoritären und unkontrollierbaren Exekutive der Universität ein adäquates Mittel zur Durchführung der Hochschulreform:

"Die handlungsfähige Vertretung der Körperschaft nach außen, die Willensbildung innerhalb der Universität, besonders die Lösung von Konflikten fordern eine Stärkung der zentralen Organe. Der Rektor oder Präsident vertritt die Gesamtheit der Universität und alle ihre Angehörigen." (Die Zeit, 12.1.68)

Hier wird von berufener Stelle sanktioniert, was Rüegg schon praktiziert hat: Die "Lösung von Konflikten" durch administrative Zwangsmaßnahmen wie Strafverfahren gegen Studenten und das Verbot einer Hochschulgruppe.

Wie ernst es Rüegg darüberhinaus nimmt, "die anstehenden Fragen der Universität unter Einhaltung demokratischer Regeln sachlich zu diskutieren" (7.12.67), zeigt ein Brief Rüeggs als Präsidenten der WRK vom 7.1.68; in dem es heißt:

"Die Grenze aber ist erreicht, wenn die sog. 'Drittelpartei' von Lehrstuhlinhabern, Mittelbau und Studenten überhaupt ernstlich diskutiert wird." - "Alle quantitativen Reformen und insbesondere die sog. 'Drittelparität' entwickeln die zu beseitigende Funktionsschwäche der Universität zur Funktionsunfähigkeit; lähmt den Zusammenhang von Forschung und Wirtschaft ..."

Die Schlußfolgerung ist eindeutig: die Entscheidung, daß die Drittelparität für die Administration unmöglich ist, ist längst gefallen. Die "sachliche" und "demokratische" Diskussion wird vom Senat unter der Voraussetzung geführt, daß die Forderungen der Studenten nicht erfüllt werden. Das Angebot der Diskussion ist Lüge und Manipulation.

- Unter diesen Voraussetzungen ist mit den Professoren nicht mehr zu diskutieren.
- Unter diesen Voraussetzungen ist nur die Diskussion der Studenten über Kampfmaßnahmen gegen reaktionäre und verlogene Universitätsfürsten möglich.

Den Versuch, studentische Bestrebungen zur Demokratisierung der Hochschule durch Zwangsmaßnahmen und Scheindiskussionen über längst getroffene Entscheidungen abzuwürgen, setzen die Studenten entgegen:

WEG MIT RÜEGG UND SENAT !

Wir laden die Studenten ein zu der heutigen Veranstaltung mit dem Rektor zu der Godesberger Erklärung der Rektoren zur Hochschulreform.

AMA 168

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

Auf Einladung des AStA findet heute abend eine Diskussion mit dem Rektor über die Godesberger Rektorenerklärung statt. Diese erste gemeinsame Erklärung eines großen Teiles der westdeutschen Rektoren zur Hochschulreform ignoriert die von den Studenten seit Jahren geforderte Demokratisierung der Universität. Statt dessen sieht sie in der Stärkung der autoritären und unkontrollierbaren Exekutive der Universität ein adäquates Mittel zur Durchführung der Hochschulreform:

"Die handlungsfähige Vertretung der Körperschaft nach außen, die Willensbildung innerhalb der Universität, besonders die Lösung von Konflikten fordern eine Stärkung der zentralen Organe. Der Rektor oder Präsident vertritt die Gesamtheit der Universität und alle ihre Angehörigen." (Die Zeit, 12.1.68)

Es wird von berufener Stelle sanktioniert, was Rüegg schon praktiziert hat: die "Lösung von Konflikten" durch administrative Zwangsmaßnahmen wie Strafverfahren gegen Studenten und das Verbot einer Hochschulgruppe.

Wie ernst es Rüegg darüberhinaus nimmt, "die anstehenden Fragen der Universität unter Einhaltung demokratischer Regeln sachlich zu diskutieren" (7.12.67), zeigt ein Brief Rüeggs als Präsidenten der WRK vom 7.1.68; in dem es heißt:

"Die Grenze aber ist erreicht, wenn die sog. 'Drittelpartei' von Lehrstuhlinhabern, Mittelbau und Studenten überhaupt ernstlich diskutiert wird." - "Alle quantitativen Reformen und insbesondere die sog. 'Drittelparität' entwickeln die zu beseitigende Funktionsschwäche der Universität zur Funktionsunfähigkeit; lähmt den Zusammenhang von Forschung und Wirtschaft ..."

Die Schlußfolgerung ist eindeutig: die Entscheidung, daß die Drittelparität für die Administration unmöglich ist, ist längst gefallen. Die "sachliche" und "demokratische" Diskussion wird vom Senat unter der Voraussetzung geführt, daß die Forderungen der Studenten nicht erfüllt werden. Das Angebot der Diskussion ist Lüge und Manipulation.

- Unter diesen Voraussetzungen ist mit den Professoren nicht mehr zu diskutieren.
- Unter diesen Voraussetzungen ist nur die Diskussion der Studenten über Kampfmaßnahmen gegen reaktionäre und verlogene Universitätsfürsten möglich.

Den Versuch, studentische Bestrebungen zur Demokratisierung der Hochschule durch Zwangsmaßnahmen und Scheindiskussionen über längst getroffene Entscheidungen abzuwürgen, setzen die Studenten entgegen:

WEG MIT RÜEGG UND SENAT !

Wir laden die Studenten ein zu der heutigen Veranstaltung mit dem Rektor zu der Godesberger Erklärung der Rektoren zur Hochschulreform.